



**Pressegespräch Justitia et Pax und DGB
am Donnerstag, den 30.08.2012**

**Statement der Stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen
Gewerkschaftsbundes Ingrid Sehrbrock**

Es gilt das gesprochene Wort

Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Der DGB und Gewerkschaften betonen dies immer wieder, weil es in Deutschland längst keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Armutslöhne haben sich ausgebreitet, viele Menschen müssen trotz Arbeit zum Jobcenter, um ihr karges Gehalt mit Hartz IV aufzustocken.

Arm trotz Arbeit – das ist aber keineswegs ein rein deutsches Phänomen. Im Gegenteil: weltweit arbeiten 1,2 Milliarden Menschen für weniger als zwei Dollar – am Tag. Sie liegen damit unter der Armutsgrenze, die ohnehin extrem niedrig ist. Selbst nach einem Tag harter Arbeit könnten sich die Betroffenen hier nicht einmal eine Tasse Kaffee leisten, jedenfalls nicht in Berlin-Mitte.

Natürlich ist es der Schwerpunkt unserer gewerkschaftlichen Arbeit, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erstreiten und durchzusetzen. Aber der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften schauen auch über den Tellerrand. Weltweit müssen Menschen unter unwürdigen Bedingungen arbeiten und leben. Und es ist keineswegs so, dass wir nichts damit zu tun haben. Was wir tun können, darum geht es hier.

Darum freue ich mich, Ihnen heute gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von Justitia et Pax unsere Orientierungshilfe „Menschenwürdiges Einkommen in der globalisierten Welt“ vorstellen zu dürfen.

Menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen sind kein Privileg, sondern ein Menschenrecht und das gilt weltweit. Und natürlich spielen Löhne dabei eine zentrale Rolle, denn sie ermöglichen den Menschen, für sich und ihre Familien aus eigener Kraft die Existenz zu sichern.

Von Existenz sichernden Löhnen sind mehr als eine Milliarde Menschen, die unter zwei US Dollar pro Tag verdienen, weit entfernt. Aber selbst bei jenen, die knapp

über dieser Armutsgrenze liegen, kann man kaum von menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen reden. Die Globalisierung mit ihrem enormen Wettbewerbsdruck verschärft die Situation noch. Wir erleben weltweit höchst prekäre Arbeitsbedingungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. In den entwickelten Industrieländern hat sich - wenn auch auf höherem Niveau – prekäre Arbeit ebenfalls verbreitet.

Was wir deshalb brauchen, ist eine soziale Globalisierung. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, der Globalisierung ein soziales Gesicht zu geben. Wirtschaft braucht Regeln. Gewinnmaximierung allein kann nicht das Ziel sein. Dabei spielen sicherlich die Kernarbeitsnormen der ILO – keine Zwangsarbeit, keine Kinderarbeit, etc. – eine wesentliche Rolle. Sie allein können aber nur den kleinsten gemeinsamen Nenner bilden, um Menschen ein Mindestmaß an Schutz vor menschenunwürdiger Arbeit zu bieten. Und selbst die Durchsetzung der ILO-Normen ist in vielen Ländern äußerst schwierig. Zwangsarbeit und rücksichtslose Ausbeutung von Kindern gibt es leider immer noch.

In der Orientierungshilfe, die wir vorlegen, geht es *Justitia et Pax* und dem DGB darum, erstens eine Vorstellung davon zu vermitteln, wie menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen aussehen. Zweitens soll mit den gemeinsamen Handlungsempfehlungen Funktions- und Mandatsträger, die sich christlichen und gewerkschaftlichen Grundsätzen verbunden fühlen, eine Idee gegeben werden, für welche Schritte es sich als nächstes einzusetzen lohnt. Und wir wollen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dafür sensibilisieren, welche Verantwortung sie tragen.

Die Politik schöpft ihre Handlungsmöglichkeiten nicht aus. So sollten die Bundesregierung und andere OECD-Länder viel stärker auf die Einhaltung von Mindeststandards bei der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen drängen. Zum Beispiel, wenn es um bilaterale Handelsabkommen, die internationale Zusammenarbeit oder die Außenwirtschaftsförderung geht. Es ist nicht so, dass die Industrieländer keine Hebel besitzen, um Einfluss zu nehmen. Sie tun es nur nicht in dem Maße, wie sie es könnten.

Gleiches gilt für die Europäische Union. Sie könnte auf globaler Ebene eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn es um die Durchsetzung menschenwürdiger Einkommen geht. Ein Ansatz wäre hier die jüngst verabschiedete CSR-Strategie. Darüber hinaus sollten verbindliche Vorgaben gemacht werden, die die Mitgliedstaaten auf die Festlegung von Lohnhöhen oberhalb der relativen Armutsgrenze und Existenz sichernde Mindestlöhne verpflichtet.

Es ist an der Zeit für verbindliche internationale Regelwerke. Verbindlich betone ich deshalb, weil bei den bestehenden Regelwerken, seien es die OECD Leitsätze oder die ILO Reglements, immer dasselbe Problem auftritt: Es mangelt schlicht an der Durchsetzbarkeit. Es mangelt daran, dass Unternehmen nicht in die Pflicht genom-

men werden können, wenn sie gegen elementare Rechte verstoßen. Es gibt keine bis wenig effektive Sanktionsmechanismen. Hinzu kommt, dass die Vereinbarungen zwischen Institutionen und den Regierungen einzelner Staaten getroffen werden. Die, die es wirklich betrifft, nämlich die Unternehmen, sind nicht beteiligt und werden sich, solange sich dieser Umstand nicht ändert, auch wenig daran gebunden fühlen.

Dabei könnten sie mehr tun. Auch die Unternehmen stehen in der Verantwortung. Sie sollten sich verpflichten, bei ihren Zuliefererketten auf die Zahlung von menschenwürdigen Löhnen und Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen zu achten. Es kann doch nicht sein, dass Apple, das teuerste Unternehmen der Welt, wegen miserabler Arbeitsbedingungen bei chinesischen Zulieferern in die Schlagzeilen gerät. Es geht auch anders. Tchibo will zum Beispiel seine Unternehmensstrategie perspektivisch darauf ausrichten, nachhaltig und fair zu handeln. Das ist der richtige Weg. Auch in anderen Unternehmen muss hier ein Umdenken stattfinden – weg von reinen Kosten-Nutzen-Rechnungen und Gewinnmaximierung hin zu sozialer Verantwortung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Auch als Verbraucher können und sollten wir über unser Konsumverhalten nachdenken. Ein Beispiel: Kann es mit rechten Dingen zugehen, wenn ein T-Shirt für weniger als fünf Euro zu haben ist? So ein günstiges T-Shirt kann nur unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert worden sein. Vor allem, wenn man bedenkt, dass in einem Kaufpreis in Höhe von 4,95 Euro auch die Lohnkosten enthalten sein sollen. Der Gewinn des Moderiesen an diesem T-Shirt beträgt übrigens 4,16 Euro. Die einkommensschwächeren Haushalte bei uns sind sicherlich froh, so günstig T-Shirts erwerben zu können und das ist auch in Ordnung. Aber wer nicht jeden Cent zweimal umdrehen muss, sollte darüber nachdenken, sich solchen Dumpingmethoden zu verweigern. Wer solche billige Produkte kauft, sollte sich darüber im Klaren sein, dass irgendjemand irgendwo den Preis dafür zu zahlen hat.

Ich bin überzeugt davon, dass der Druck aus der Gesellschaft immer größer wird und Unternehmen einsehen, dass sie und ihr Handeln nicht unbeobachtet bleiben, nur weil sie vorzugsweise in Entwicklungs- und Schwellenländern produzieren lassen. Weite Teile der Bevölkerung lehnen Produkte ab, die in unfairen und menschenunwürdigen Arbeitsumfeldern produziert worden sind.

In letzter Zeit wächst das Engagement in Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Projekten, hier Druck aufzubauen. Mit unserer Orientierungshilfe wollen wir auch den Konsumenten der industrialisierten Welt ihre Möglichkeiten deutlich machen, ihrer Verbrauchermacht gezielt einzusetzen. Denn auch als Verbraucherinnen und Verbraucher tragen wir Verantwortung.

Natürlich können wir Gewerkschafter nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen, wenn es um menschenwürdige Einkommen und Arbeitsbedingungen geht. Das ist schließlich unser Kerngeschäft.

Die Arbeitnehmerinteressen zu bündeln und freie Gewerkschaften zu gründen, ist ein Menschenrecht, an das sich immer noch viel zu viele Staaten nicht halten. Es liegt nicht in unserer Macht, das zu ändern, so ehrlich muss man sein. Aber der DGB hat immer einen starken Fokus auf die internationale Zusammenarbeit gelegt. Es ist darum auch kein Zufall, dass der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist. Es gibt vielfältige Kooperationen, auf europäischer Ebene ohnehin, aber auch zum Beispiel in Nordafrika, wo engagierte Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter versuchen, freie und unabhängige Gewerkschaften aufzubauen.

Was wir bieten können, ist unser Know-How, unser Erfolgsmodell der überparteilichen Einheitsgewerkschaft, die Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie unser Modell der Mitbestimmung, sowohl der betrieblichen als auch der Unternehmensmitbestimmung. Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich in Deutschland gezeigt, wie sich Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung positiv auf das Krisenmanagement ausgewirkt haben. Dass wir die Krise schneller und besser überwunden haben als andere Länder, lag auch daran, dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam mit der Regierung erfolgreich als Sozialpartner zusammengearbeitet haben.

Ich hoffe, dass wir mit der „Orientierungshilfe für ein menschenwürdiges Einkommen in einer globalen Welt“ neue Impulse zur Entwicklung und Umsetzung von menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen geben können. Wichtig ist mir auch zu betonen, dass Kirchen und Gewerkschaften in diesem Fall gemeinsam das gleiche Ziel verfolgen und ich hoffe, dadurch unsere Ideen und Handlungsempfehlungen breiter in die Politik und den politischen Raum streuen zu können.